

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926**

272 (23.11.1926)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.  
Bezugspreis: Durch unsere Voten frei ins Haus im Stadt-  
bereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt  
10 Pfennig.

Redaktion, Druck u. Verlag: Adolf Dubs, Durlach, Mittelstr. 6.  
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile  
8 Pfennig, Restzeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-  
annahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familien-  
anzeigen am Erscheinungstag 1/29 Uhr vorm. Für Blatzvor-  
schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen  
werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Verleger keine  
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr 272

Dienstag, den 23. November 1926

97. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Berlin kam es am Sonntag zu schweren Zusammen-  
stößen zwischen Polizei und Kommunisten. Es soll regel-  
rechte Straßenschlachten gegeben haben.

Die Aussichten der Großen Koalition im Reich werden  
als sehr ungünstig bezeichnet, da die Verteilung der Mini-  
sterämter auf die Parteien Schwierigkeiten macht.

Zu Auswärtigen Ausschuss des Reichstags gab Dr. Stre-  
semann Erklärungen zu den Gerüchten über die Unter-  
stützungsgelder an die „Deutsche Allg. Zeitung“ und behan-  
delte dann die Entwaffnungsfrage.

Zu der Kontroll- und Bewaffnungsfrage will nach eng-  
lischen Blättern Chamberlain die Vermittlung zwischen  
Frankreich und Deutschland übernehmen.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held soll in Berlin  
eine Annäherung zwischen Bayer. Volkspartei und Deutsch-  
nationalen in Fragen des Finanzausgleichs und der bayeri-  
schen Forderungen erreicht haben.

## Das deutsche Eigentum in Amerika

Es hat recht lange gedauert, bis die Frage der Freigabe  
des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten über-  
haupt ins Rollen kam. Der Weltkrieg und der unglückliche  
sogenannte Friedensvertrag hatten in Amerika eine so starke  
Europamüdigkeit erzeugt, daß es lange Zeit hindurch über-  
haupt nicht möglich war, derartige Probleme in der ameri-  
kanischen Öffentlichkeit zu erörtern. Für den deutschen  
Rechtsstandpunkt war freilich im Verhältnis zu den Verei-  
inigten Staaten von vornherein eine feste Basis gegeben.  
Das Reich konnte sich auf einen alten Staatsvertrag zwischen  
Preußen und den Vereinigten Staaten stützen, der Ende des  
18. Jahrhunderts abgeschlossen war und die Unverletzlichkeit  
des beiderseitigen Privateigentums auch für den Kriegsfall  
zwischen den beiden Ländern sicherte. Die Bestimmungen  
dieses Abkommens wurden dann nach der Gründung des  
Deutschen Reiches sinngemäß auf das ganze deutsche Staats-  
gebiet ausgedehnt, und obwohl wieder bei Abschluß dieses  
Vertrages noch bei seiner Ausdehnung auf das neue Deutsche  
Reich irgend jemand auf beiden Seiten an die Möglichkeit  
kriegerischer Konflikte zwischen beiden Ländern dachte, bei-  
denen eine eigentliche Interessenskonflikte ja niemals vor-  
liegen konnte, hat der Vertrag doch außerordentlich dazu  
beigetragen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten  
freundschaftlich zu gestalten und die Anbahnung eines außer-  
ordentlich intensiven wirtschaftlichen Verkehrs zu ermög-  
lichen.

Auch nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages  
durch das Reich hat man sich in Washington diesen Erwär-  
nungen nicht verschlossen. Angesichts der Europamüdigkeit  
in der amerikanischen Öffentlichkeit aber war, wie gesagt,  
das amerikanische Staatsdepartement lange Zeit hindurch  
nicht dazu zu bewegen, einer Regelung näherzutreten, die  
auch den deutschen Interessen entsprochen hätte. Erst im Ver-  
folge der zunehmenden politischen Konsolidierung in Europa  
haben sich die verschiedenen amerikanischen Regierungen  
dann entschließen können, sich mit der Freigabe des beschlag-  
nahmen deutschen Privateigentums zu befassen, was dann  
auch immer notwendiger wurde, da verschiedene Korrupti-  
onsaffären, durch die die Treuhänder, denen die Verwal-  
tung des beschlagnahmten deutschen Eigentums übertragen  
war, aufs Schwerste kompromittiert wurden, die Haltung  
des Staatsdepartements in der ganzen Angelegenheit nicht  
gerade im günstigsten Lichte erscheinen ließen.

Nach langem Hin und Her ist dann auf dem Wege direkter  
Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schatzamt und  
den deutschen Eigentümern eine Rechnung aufgemacht wor-  
den, die auf beiden Seiten mit ungefähr 250 Millionen  
Dollars balanciert. Während aber unter den amerikanischen  
Forderungen noch ein Posten von etwa 60 Millionen Dol-  
lars figuriert, der einen rein staatlichen Anspruch darstellt,  
stehen auf deutscher Seite rein private Forderungen. Es  
braucht hier wohl nicht besonders dargelegt zu werden, daß  
die Freigabe von deutschen Vermögenswerten in Höhe von  
annähernd 900 Millionen Mark für unser gesamtes Wirt-  
schaftsleben von der allergrößten Bedeutung sein würde.  
Nun hat das amerikanische Staatsdepartement auf Grund  
eines Gesetzes vom März 1923 auf die deutsche Gesamt-  
forderung, die sich auf über eine Milliarde Mark beläuft, ja  
bereits eine Abschlagszahlung geleistet, indem es die Frei-  
gabe aller deutschen Privatvermögen bis zu 10 000 Dollars  
nicht überschreiten, anordnete. Die Zurückhaltung der gro-  
ßen Werte aber, die die deutschen Reedereien, die chemischen  
Industrien und andere Wirtschaftszweige in Amerika in-  
vestiert hatten, steht immer noch aus.

Die grundsätzliche Gegnerchaft im amerikanischen Parla-  
ment gegen die Freigabe des deutschen Eigentums, die zu  
Anfang sehr groß war, ist in den letzten Jahren erheblich  
geringer geworden. Die Schwierigkeiten in der Auseinander-  
setzung liegen vielmehr lediglich in der Frage der Beding-  
ung für die amerikanischen Forderungen. Die Vorlage des  
Schatzamtens will nun die Angelegenheit dadurch aus der

Welt schaffen, daß sie für die amerikanischen Forderungen  
100 Millionen Dollars aus dem Staatshaushalt, 42 Millio-  
nen aus bereits geleisteten deutschen Reparationszahlungen  
und 26 Millionen aus den Zinsen des noch immer beschlag-  
nahmen deutschen Vermögens entnimmt. Der Rest in Höhe  
von einigen 80 Millionen wäre aus den Dameszahlungen  
der nächsten Jahre abzudecken. Hierbei soll es Deutschland  
gestattet sein, die Uebertragung von 60 Millionen Dollars,  
was der Höhe der amerikanischen Staatsforderungen an das  
Reich entspricht, in Mark vorzunehmen, um die ganze Aus-  
sicherungsfrage nicht noch durch Transfer-Schwierigkeiten zu  
komplizieren. Ein anderer privater Vorschlag, der dem zu-  
ständigen Parlamentsausschuß in Washington kürzlich ge-  
macht worden ist, läuft in seiner praktischen Auswirkung für  
die deutsche Wirtschaft auf dasselbe hinaus. Tatsächlich wür-  
den bei Innehaltung dieses Tilgungsplanes die noch nicht  
abgefundenen deutschen Privatgläubiger nämlich erst nach  
etwa zehn Jahren allmählich entschädigt werden können.  
Daß das kein gerade sehr erfreulicher Zustand für unsere  
Wirtschaft ist, liegt auf der Hand. Ueberhaupt ist die Ver-  
zögerung dieser Frage reinsten Privatrechts mit dem Repara-  
tionsproblem vom Standpunkt der deutschen Interessen  
aus auch insofern nicht gerade wünschenswert, als im gegen-  
wärtigen Augenblick ja noch niemand sagen kann, wie lange  
sich der Damesplan durchführen läßt. Es ist gewiß zu-  
zugeben, daß das ganze Problem sehr heikel ist, und daß sich  
deshalb die Zurückhaltung der Reichsregierung in dieser  
Frage durchaus rechtfertigen läßt. Die Verknüpfung mit  
reparationspolitischen Gesichtspunkten aber, wie sie das ame-  
ricanische Schatzamt entsprechend der Einstellung der ame-  
ricanischen Öffentlichkeit vorgenommen hat, läßt es uns  
doch geboten erscheinen, daß nunmehr auch das Reich in aller  
Form der Interessen der deutschen Gläubiger in den Verei-  
inigten Staaten annimmt und auf dem Wege direkter Ver-  
handlungen mit dem Staatsdepartement in Washington ein  
Arrangement herbeizuführen sucht, das die deutschen An-  
sprüche gleichzeitig mit den amerikanischen befriedigt.

## Deutschland

### Um die Große Koalition

Berlin, 22. Nov. Die Koalitionsverhandlungen im Reich  
sind ins Stocken geraten. Zwar wird uns von durchaus zu-  
ständiger Stelle bestätigt, daß in der sozialdemokratischen  
Reichstagsfraktion nun die Mehrheit für die Beteiligung  
an einer Großen Koalition wäre. Aber in den bürgerlichen  
Parteien melden sich noch so viele Bedenken, daß man es  
nicht für opportun hält, jetzt die Dinge übers Arnie zu bre-  
chen. Die „Welt am Montag“ schreibt: Marx hätte die Wie-  
dereinführung des Postens eines Vizelanders vorgeschlagen  
und der Sozialdemokratie servieren wollen. Die Sozial-  
demokraten indes hätten darauf keinen Wert gelegt, viel-  
mehr den Posten des Reichswehrministers wie den des  
Reichsarbeitsministers verlangt. Das Zentrum hätte gegen  
einen sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Einwände  
erhoben, die Volkspartei gegen einen sozialdemokratischen  
Wehrminister. Aus allen diesen Gründen hätte man sich  
nicht geeinigt und so wolle Herr Marx vorläufig bis Wei-  
chnachten verziehen, seine Minderheitsregierung mit Hilfe der  
wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie aufrecht  
zu erhalten. Auch Demokraten und Zentrum sehen, schreibt  
das „St. N. T.“ für den Fall, daß Dr. Geßler über kurz  
oder lang ausscheidet, in Herrn Rühl dessen geeignetsten  
Nachfolger. Die Ablehnung des Herrn Köfer, den die So-  
zialdemokratie auf Lager zu haben scheint, ist wohl allge-  
mein.

### Die Parteiführer bei Dr. Stresemann

Berlin, 22. Nov. Der Reichsminister des Auswärtigen  
Dr. Stresemann empfing heute mittag die Parteiführer,  
um mit ihnen einen Teil der Fragen durchzusprechen, die  
am Nachmittag im Auswärtigen Ausschuss zur Sprache kom-  
men. Dabei dürfte es sich in erster Linie um die Angelegen-  
heit der „D. A. Z.“ gehandelt haben.

### Spruch des Staatsgerichtshofes zugunsten Bayerns gegen das Reich

Leipzig, 22. Nov. Der Staatsgerichtshof des Deutschen  
Reiches war unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten  
Dr. Simons zusammengetreten. Zur Entscheidung stand ein  
Streit zwischen dem Lande Bayern und dem Reich über die  
Auslegung des Paragraphen 33 des Staatsvertrages über  
die Vereinfachung von Bahn und Post. Der Reichsfinanz-  
minister hatte den Staatsgerichtshof gebeten, zu entscheiden,  
daß die Anrufung eines Schiedsgerichts durch einen einzelnen  
oder mehrere Beamte dann unzulässig ist, wenn Reich und  
Land sich darüber einig sind, daß der in Paragraph 33 Abs. 1  
und 2 des genannten Staatsvertrages festgelegte Beför-  
dungsanspruch für die Kategorie, der die betreffenden Be-  
amten angehören, nicht bestehe. Bayern hatte sich demgegen-  
über auf den Standpunkt gestellt, daß die Anrufung eines  
Schiedsgerichts trotz bestehender Uebereinstimmung gerade  
aus dem Wortlaut und Sinn von Absatz 1 und 2 des Para-  
graphen 33 durch die beteiligten Beamten selbst möglich und  
rechtmäßig sei. Der Staatsgerichtshof fällt in diesem Streit  
folgendes Urteil: Gemäß Paragraph 33 Abs. 5 des Staats-

vertrages kann von den Beamten auch dann ein Schieds-  
gericht angerufen werden, wenn die Meinungsverschieden-  
heiten über die Beamtenbeförderungsaussichten nur zwischen  
dem Reich und den Ländern bestehen. Der Antrag des Reichs  
wird in diesem Falle von rechtswegen zurückgewiesen.

### Der Stand der Typhuserkrankungen in Hannover

Hannover, 22. Nov. Die Zahl der in den Krankenhäusern  
befindlichen Kranken beträgt heute nur noch 452. Seit dem  
3. ds. Mts. ins Krankenhaus übergeführt 46, aus den Kran-  
kenhäusern entlassen 401, gestorben sind 12. Die Gesamtzahl  
der Toten beträgt 267 einschließlich der in den Privathäu-  
sern gestorbenen Kranken.

### Das Saargebiet und die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich

Saarbrücken, 22. Nov. Zu Beginn der heutigen ersten  
Sitzung der vierten Session des Landesrates gab namens  
des Zentrums, der Sozialdemokraten und der deutschen  
saarländischen Volkspartei Abg. Levaßer (Ztr.) eine Er-  
klärung ab, in der die Annäherung zwischen dem deutschen  
Vaterland und Frankreich begrüßt und die Hoffnung ausge-  
sprochen wird, daß einer der wesentlichsten Streitpunkte  
zwischen beiden, die Frage des Saargebietes, endlich besei-  
tigt werde. Zum Schluß wurde dem einmütigen Wunsche  
der Bevölkerung Ausdruck gegeben, daß das Saargebiet in  
friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frank-  
reich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben  
werde.

## Ausland

### Der Fall Garibaldi

Paris, 22. Nov. In die Garibaldi-Angelegenheit ist eine  
neue Lage durch die Entdeckung verschiedener Urkunden in  
Garibaldis Villa in Nizza entstanden, die den Beweis dafür  
liefern sollen, daß Garibaldi im Zusammenhang mit dem  
Anschlag auf Mussolini stand, der im November des vorigen  
Jahres von dem italienischen sozialistischen Abgeordneten  
Janiboni verjagt worden ist. Es wird unterucht, ob Gar-  
ibaldi bei verschiedenen Banken in Nizza italienische Bank-  
noten derselben Serie eingezahlt hat, wie sie von der fran-  
zösischen Polizei im Koffer des Chefs der römischen Geheim-  
polizei gefunden worden sind.

### Besprechungen Dr. Forsters in Paris

Paris, 22. Nov. Legationsrat Dr. Forster vom deut-  
schen Auswärtigen Amt, der seit zwei Tagen in Paris weilt, um  
im Auftrag der Reichsregierung Verhandlungen mit den  
zuständigen Stellen über die letzten noch ungelösten Fra-  
gen der Entwaffnungskontrolle zu führen, hat bereits eine  
Reihe von Einzelbesprechungen gehabt, in denen er den  
Standpunkt der deutschen Regierung auseinandersetzen  
konnte.

### Zur Kontrollfrage

London, 22. Nov. „Daily Telegraph“ schreibt, es werde  
sehr allgemein zugegeben, daß die interalliierte Kontroll-  
kommission am 6. Dezember, dem Tage des Zusammentritts  
des Völkerbundesrates, aus Deutschland noch nicht zurück-  
gezogen sein wird, unter anderem weil Berlin bis dahin die  
von Frankreich in der Entwaffnungsfrage gestellten detail-  
lierten Forderungen gar nicht erfüllt haben könne. Doch ver-  
laute, daß Stresemann am 5. Dezember in Geni mit Cham-  
berlain und Briand zusammentreffen werde. Zu den Ver-  
handlungen über die Aufgaben der neu zu schaffenden Völ-  
kerbundskontrollkommission werde in britischen Kreisen er-  
klärt, daß die britische Regierung niemals die Erklärung an-  
genommen habe, daß „besondere und ständige Kontroll-  
organe“ in der entmilitarisierten Rheinlandzone eingeführt  
werden sollen anstatt daß nur gelegentliche Untersuchungen  
vorgenommen werden.

### Die Britische Reichskonferenz

London, 22. Nov. Der Bericht des Ausschusses der Bri-  
tischen Reichskonferenz behandelt den Status Großbritan-  
niens und der Dominions, die besondere Stellung Indiens,  
die Beziehungen zwischen den Reichsteilen, Beziehungen mit  
fremden Ländern, das System der Mitteilungen und der  
Beratung und endlich besondere Punkte der auswärtigen  
Beziehungen, darunter die Politik von Locarno. Der leht-  
genannte Abschnitt lautet: Die Reichskonferenz war glück-  
lich, gerade zu einer Zeit zusammenzukommen, nachdem die  
Ratifizierungen des Locarno-Vertrages anlässlich des Ein-  
tritts Deutschlands in den Völkerbund ausgetauscht worden  
waren. Es war daher möglich, die Ergebnisse, die die Lo-  
carnopolitik bereits erzielt hat, ins Auge zu fassen und bis  
zu einem gewissen Maß die weiteren Ergebnisse voraus-  
zusagen, die man zu sichern hofft. Diese wurden erläutert  
und erörtert. Es zeigte sich dann, daß alle Dominions und  
Indien die Art und Weise vollkommen billigten, in der die  
Verhandlungen geführt und zu einem so erfolgreichen Ab-  
schluß gebracht worden waren. Schließlich wurde einstimmig  
beschlossen, der Konferenz die Annahme folgender Entschlie-  
ßung anzupfehlen: „Die Konferenz hat mit Befriedigung  
die Erklärungen des Staatssekretärs des Aeußern betreffend  
die Anstrengungen gehört, die gemacht worden sind, um den  
Frieden in Europa zu sichern, die in den Verträgen von

Vocarno gegipfelt haben und beglückwünscht die Regierung zu ihrem Anteil an diesem erfolgreichen Beitrag zur Förderung des Friedens der Welt.

**Aufstand in Nordalbanien**  
Belgrad, 22. Nov. Nach einer aus Skutari eingetroffenen Meldung ist in Nordalbanien ein bewaffneter Aufstand ausgebrochen, dessen Ziel die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung ist. Die Aufständischen haben die in ihrem Gebiet befindliche Gendarmerie entwaffnet und konzentrierten ihre Streitkräfte zum Vormarsch gegen Tirana. Sie haben mit den übrigen Stämmen Nordalbanien Verhandlungen angeknüpft, um sie zur Teilnahme an dem Aufstand zu bewegen.

### Aus Baden.

Karlsruhe, 22. Nov. (Vom badischen Landtag.) Für die am 23. November, nachmittags 3.30 Uhr vorgelebene zweite Sitzung des badischen Landtags ist folgende Tagesordnung vorgemerkt: 1. Wahl der Mitglieder des Oberbetrugsausschusses beim Landesfinanzamt Karlsruhe, 2. Mündliche Berichte des Landständischen Ausschusses an den Landtag und Beratung über die Prüfung folgender Rechnungen für das Rechnungsjahr 1925: a) der Amortisationskasse (Berichterstatter Abg. Seubert), b) des Domänengrundstockes (Berichterstatter Abg. Dr. Glodner).

Karlsruhe, 22. Nov. (Eine Mahnung.) Zur Anzeige gelangten 26 Führer von Kraftfahrzeugen, weil sie die innerhalb der Stadt höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde erheblich überschritten hatten.

Mannheim, 22. Nov. (Unterschlagung.) Der „Volksstimme“ zufolge hat der Gauleiter und Kassierer des Roten Frontkämpferbundes der Pfalz, Brummer, in seiner Eigenschaft als solcher große Unterschlagungen begangen. Er wurde aus seiner Partei ausgeschlossen.

Mannheim, 22. Nov. (Bahnhofbau.) Aus den jetzt vorliegenden Plänen für die Errichtung des neuen Bahnhofs ist zu ersehen, daß dieser ein Durchgangsbahnhof Nord-Süd, Ost-West werden wird. Auch ist eine Höherlegung um 4.80 Meter vorgelesen. Dieser von der Reichsbahndirektion Karlsruhe ausgearbeitete Plan wird von der Stadtverwaltung Mannheim nachgeprüft werden.

Bahr, 22. Nov. (Tödlicher Unfall.) Der in den 50er Jahren stehende evgl. Kirchenfeuerwehler Kaufmann August Thieringer, der seinen Sohn, den Pfarrer Thieringer, in Offenburg mit dem Rade zur Bahn geleitet hatte, stieß auf dem Heimweg in der Bahnhofstraße mit einem jungen Radfahrer zusammen. Thieringer wurde vom Rade geschleudert und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb.

Freiburg, 22. Nov. (Vom badischen Sängerbund.) Vielfach gehürten Wünschen nachkommend, veranstaltete der Badische Sängerbund wieder einen Dirigentenkurs, zu dem er die Chormeister aller badischen Bundesvereine eingeladen hat. Der Kurs findet am Samstag und Sonntag, den 27. und 28. November statt. Er wird von dem Musiklehrer und Mitglied des Badischen Sängerbundes, Seminarlehrer Hugo Rehner (Chormeister der Lieberhalle Karlsruhe und der Liebertafel Pforzheim), geleitet.

Freiburg, 22. Nov. (Kälteeinbruch im Schwarzwald.) Im Schwarzwald ist ein plötzlicher Kälteeinbruch erfolgt. In den Berglagen herrscht anhaltender Schneefall. Auf dem Feldberg war die gestrige Tagestemperatur minus 2 Grad Die Schneehöhe beträgt dort 7 Centimeter.

Hüfingen, 22. Nov. (Ein tragisches Geschehen.) Von einem tragischen Geschehen ist die Familie des hiesigen Stadtrechners Ferdinand Moog betroffen worden. Das 3 1/2-jährige Kind der Familie spielte am Treppengeländer, überschlug sich dabei und fiel so heftig auf die Treppe hinunter, daß es am nächsten Morgen starb. Am Abend starb nach langem Leiden die betagte Mutter der Frau Moog, Großmutter und Enkelkind werden nun gemeinsam begraben.

Singen a. S., 22. Nov. (Zu der Falschmünzangelegenheit.) Die Unterjuchung in der Falschmünzangelegenheit dürfte bisher in der ersten Phase zu einem vorläufigen Abschluß gekommen sein. Insgesamt sind jetzt fünf Personen in Haft genommen worden. Ueber den Umfang dieser Fabrikation kann man sich ein Bild machen, wenn man hört, daß die Falschmünzer erklären, sich auf Zahlen nicht besinnen zu können, aber zugeben, daß an einem Tage z. B. über 100 Mark Falschgeld hergestellt worden sei. Ihr Handwerk übte die Falschmünzerbande bereits über zwei Monate aus.

## JLSE RÖMIG

Roman von Elisabeth Borchardt

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

### 2. Kapitel.

Es war um die Mittagszeit des folgenden Tages. Frau Sanitätsrat Werner saß in ihrem gemütlich eingerichteten und behaglich erwärmten Zimmer auf einem erhöhten Tritt am Fenster und blickte auf die Straße hinab. „Gott sei Dank, daß der Geist und Nerven tödende Regen endlich nachgelassen hat. Seit gestern schon das schönste, wenn auch schneeige Winterwetter.“ Sprach sie zu sich.

Sie sah gern an ihrem Fensterplatz und sah hinaus. Zwar war auf dieser dem Leben und Treiben so fernem, einsamen Villenstraße nichts Besonderes zu bemerken als ab und zu ein Fußgänger oder eine vorüberfahrende Droschke, auch wohl ein herrschaftlicher Wagen. Was kümmerten die alte Dame auch die fremden Menschen! Ihre Blide schweiften viel lieber hinauf nach dem blauen Himmel, nach den Wolken, die in unabsehbarer Fernen zogen. Es ließ sich dabei so schön träumen von vergangenen Zeiten, wie sie noch jung und ach, so glücklich an der Seite ihres Justus gewesen war, weit, weit von hier in einem kleinen idyllischen Städtchen. —

Sie überhörte bei diesem Träumen ein Klopfen an ihrer Tür und sah erst auf, als die Tür aufging und ihre Entelkin Ilse über die Schwelle trat.

„Großmütterchen, warum siehst du mich so seltsam forschend an?“ fragte Ilse, jetzt näher tretend und die Hand der Alten zärtlich an ihre Lippen drückend.

Frau Werner erwachte wie aus einem tiefen Traum, aber ihre Blide ruhten noch immer auf dem schönen Mädchen mit einem eigenen, gespannten, fast überraschten Ausdruck.

„Bersteh, mein Kind, daß ich dir nicht sogleich Antwort gab. Meine Gedanken waren wieder einmal in längst vergangene Zeiten gewandert, und als du eintratest, mußte

ich mich erst besinnen, wo ich war. Komm, Liebling, sehe dich zu mir — so — kannst du mir ein Weisches Gesellschaft leisten?“

„Gern, Großmütterchen, deshalb kam ich zu dir. Mama ist in die Stadt gefahren, um Einkäufe zu machen, und wird so bald nicht zurückkehren.“

Wieder betrachtete die Matrone sie forschend, dann nahm sie ihre Hand:

„Weißt du, Kind, daß es mir sonst noch nie so ausgefallen ist, wie ähnlich du deiner Großmutter bist?“

„Also dir, du Liebe,“ entgegnete Ilse, der Alten die Hand streichelnd.

„Mir? Wie käme ich wohl dazu? Nein, jener anderen — der Mutter deiner Mutter, du weißt, ich vertrat nur Mutterstelle an ihr.“

„Ja, ich weiß, ich weiß auch, daß keine eigene Mutter besser und liebevoller hätte sein können, als du es warst. Meine Mutter hat es mir oft genug erzählt.“

„Deine gute Mutter, Ilse! Sie hat uns unsere Liebe reichlich vergolten. Ich wünschte nur, ich hätte eine genügende Erklärung über die Persönlichkeit ihrer eigenen Mutter geben können. Aber du weißt ja, daß wir vergebens danach geforscht haben.“

„Großmütterchen, bitte, erzähle mir heute einmal ausführlich die dankte Geschichte. Ich wollte schon längst darum bitten, aber die Gegenwart meiner Mutter, die ich dadurch traurig zu stimmen fürchtete, hielt mich ab. Heute sind wir allein und ungestört. Willst du?“

„Gern, liebes Kind, du sollst alles erfahren, was ich weiß. Es ist leider nicht viel.“

Sie streichelte einige Male über Ilse's weiches, kastanienbraunes Haar und fing dann zu erzählen an:

„Es mögen ungefähr zweiundvierzig Jahre her sein. Mein Gatte war in einem niederrheinischen Städtchen Arzt; wir lebten in der glücklichsten Ehe, obgleich der Himmel uns einen blühenden Praxis, die sich mit jedem Jahr vergrößerte. Wenn er trotzdem nur soviel geparrt hat, daß ich jetzt nach seinem Tode ein nur gerade ausreichendes Einkommen habe, so liegt das daran, daß er ein wahrer Arzt der Armen war und sie nicht allein unentgeltlich behandelte,

sondern ihnen auch Medizin und Lebensmittel kaufte. Man sieht und verehrt ihn darum wie einen Heiligen, und den Doktor Werner kannte jedes Kind im Städtchen.“

Wir waren schon über zehn Jahre verheiratet, als mein heißer Wunsch sich endlich erfüllen sollte. Der Himmel schenkte mir ein Kind, ein zartes, schwaches Mädchen, das schon den Keim des Todes bei seiner Geburt in sich trug. Alle Kunst meines Gatten war vergeblich, es starb und ließ mich in hoffnungsloser Schwermut zurück. Wer weiß, ob ich mich wieder daraus hätte emporraffen können, wenn nicht ein seltsames Ereignis — ich möchte sagen eine Fügung des Schicksals — mich mit einem Schlag daraus rettete.“

Eines Tages klopfte es an meiner Tür. Mechanisch ging ich öffnen, da ich das Mädchen auf den Markt geschickt hatte. Vor mir stand ein junges, liebliches Weibchen, halb Kind noch, halb Weib. Sie fragte mich schüchtern nach dem Herrn Doktor, ob sie ihn wohl sogleich sprechen könne. Mein Mann war noch zu Hause und ich ließ die Fremde ins Wartezimmer treten. Nun war ich einen verflochtenen Blick auf was junge, liebliche, aber so elende abgemagerte Gesicht. Es trug keine, regelmäßige Züge, wie auch die Kleidung, obgleich Spuren einer langen Reise daran haften, sie als dem besseren Stande angehörend kennzeichnete. Schon wollte ich sie verlassen, um meinen Gatten zu benachrichtigen, als ich sie plötzlich leidenschaftlich werden und wanden sah. Schnell sprang ich hinzu und trug die Ohnmächtige auf das Sofa. Dann rief ich Justus herbei und unsrer vereinten Bemühungen gelang es endlich, wieder Leben in die zarte Gestalt zu bringen. Doch nun kam die Stunde, die wir beide gefürchtet hatten. Sie gebar ein Kind und als die schwerste Stunde vorüber war und ein süßes, kleines Mädchen in meinen Armen lag, da dankte ich Gott unter heißen Tränen und vergaß über dem fremden Leid das eigene.“

(Fortsetzung folgt.)

**Sinnpruch.**  
Nur eine Mutter weiß allein,  
Was lieben heißt und glücklich sein.  
Chamisso.

**Verurteilte Kindsmörderinnen**  
Stuttgart, 20. Nov. Vom Schwurgericht wurden die Dienstmädchen Maria Fischer von Rosenberk und Eugenie Schwellert von Gerntrichheim wegen Kindstötung zu der gefälligen Mindeststrafe von 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Beide hatten ihre unehelichen Kinder sofort nach der Geburt getötet.

**Das Urteil im Kuttiser-Prozess**  
Berlin, 21. Nov. In dem Prozess gegen Ivan Kuttiser und die früheren Beamten der Staatsbank, Finanzrat Rube und Oberfinanzrat Dr. Hellwig, wegen Verbehrens gegen das Depot- und Depositenrecht und die Devisenabgabe wurde das Urteil gefällt, das gegen den Hauptangeklagten Ivan Kuttiser auf eine Geldstrafe von 5200 Mk. lautete während Rube und Dr. Hellwig freigesprochen wurden.

### Aus Stadt und Land.

Durlach, 22. Nov. In Anwesenheit erster badischer und pfälzischer Mandolinvereine fand am Sonntag, den 21. November ds. Js. in der städt. Festhalle in Landau, die unstrittigbar den schönsten und die beste Musik besitzenden Saal der Pfalz aufzuweisen hat, ein Mandolinen-Wettbewerb statt. Bei schärfster Konkurrenz errang sich hierbei das 1. Mandolinen-Orchester Edelweiß Durlach unter der Stabführung ihres Dirigenten Herrn Paul aus Karlsruhe mit der Ouvertüre aus „Zampa“ v. J. Herold den 1. Preis in der Stadt-Klasse A und damit auch die höchste Punktzahl und beste Tagesleistung. Wir gratulieren dem Orchester zu diesem herrlichen Erfolg aufs Beste. — Der Pokal ist im Musikhaus Weiß ausgeliefert.

**K. V. Durlach, 23. Nov.** Wir machen nochmals auf den „Chrentag des Alters“ aufmerksam. Die Mitglieder und Freunde werden um zahlreichen Besuch gebeten. Die Alten ehre stets, Du bleibst nicht ewig jung, Sie waren, was du bist Und du wirst, was sie sind!  
(Näheres siehe Inserat.)

— **Neue Wohlfahrtsdreibarmten.** Zugunsten der Deutschen Nothilfe werden vom 1. Dezember an durch alle Postämter und die Organe der Deutschen Nothilfe im ganzen Reiche Wohlfahrtsmarken zu 5, 10, 25 und 50  $\frac{3}{4}$  zum doppelten Nennwert verkauft werden. Außerdem sind Markenheftchen mit 8 Marken zu 5  $\frac{3}{4}$  und 6 Marken zu 10  $\frac{3}{4}$  in grünen Umschlägen erhältlich. Der Verkauf durch die Post dauert bis 15. Februar, der Vertrieb durch die Nothilfe bis 20. April 1927. Die Marken können mit ihrem einfachen Nennwert zum Freimachen von Postsendungen nach dem Inland und dem Ausland benutzt werden. Ihre Gültigkeit zum Freimachen hört mit dem 30. Juni 1927 auf. Die Marken sind im Muster der vorjährigen Marken in mehreren Farben gedruckt und tragen außer dem Reichsadler die Wappen der Länder Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen.

— **Großaufsprecherführungen.** Wie schon mitgeteilt, ist anlässlich der Ingebrauchnahme der neuen Stuttgarter und Freiburger Rundfunksender am nächsten Sonntag eine Rundfunkführung durch einen Lautsprecher im Hofe des Hauses des Deutschtums in Stuttgart, auf dem Münsterplatz in Ulm und einigen badischen Städten geplant. Die Besprechung durch den Sender beginnt am Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr und steht einige Musikstücke, sowie Ansprachen der Staatspräsidenten von Württemberg gumb Baden dr Oberpostdirektionen und sonstiger Personen vor. Vorbehalten sollen am Donnerstag, Freitag und Samstag vorgenommen werden, da die schwierige technische Aufgabe dies erforderlich macht.

 **Ein ideales Hausmittel**  
gegen Verwundungen, Verbrennungen, Eiterungen, alte Frostschäden, Entzündungen, Halsschmerzen, Schnupfen usw. ist **Chinosol**.  
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Versuchspackung nur 60 Pf. Verlangen Sie daselbst zugleich die kostenlose Broschüre „Die Haus- und Stallapotheke, Anleitung zur Einrichtung und Benutzung“. **Chinosolfabrik A.-G., Hamburg**



